



**UNSERE MISSION:
GERECHTIGKEIT.**
OGB



SOZIALE SICHERHEIT MITBESTIMMUNG CHANCENGLEICHHEIT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

www.oegb.at

**FACT-
SHEET**

Wirtschaftspolitik

DIE FAKTEN:

Staaten, die nicht Sozialsysteme beschnitten haben und die über starke Mitbestimmung, gut organisierte Gewerkschaften und funktionierenden sozialen Dialog verfügen, sind nachweislich besser durch die Krise gekommen. Eine Studie des Gewerkschaftsinstituts ETUI (Sommer 2013) zeigt, dass die Löhne in gewerkschaftlich traditionell gut aufgestellten Ländern auch in den Krisenjahren gestiegen sind, darunter Österreich, Deutschland, Schweden u. a.

Vergleicht man die Stärke der Gewerkschaften mit dem Bruttoinlandsprodukt, kann man zum gleichen Schluss kommen: Starke Gewerkschaften sind gut für die wirtschaftliche Entwicklung.

WAS ANDERE WOLLEN:

Es ist viel zu viel reguliert, die Wirtschaft muss entfesselt werden, die vielen und strengen Regeln schaden dem Standort – das sind die wirtschaftspolitischen Konzepte von Industrie und Arbeitgeberorganisationen. Auch hohe Löhne und Gehälter wären schädlich, heißt es.

Der Staat ist ein schlechter Unternehmer, daher könnte man zum Beispiel die ÖBB völlig privatisieren, ebenso die OMV oder den Verbund.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Ausbau der sozialen Dienstleistungen, vor allem von Kindergärten und Pflegeeinrichtungen. Das schafft direkt und indirekt Arbeitsplätze.
- » Aktive Arbeitsmarktpolitik, um die durch sinkende Konjunktur entstehenden Probleme abzufedern.
- » Kontrolle der Banken: Je mehr Risiko die Banken eingehen, desto strengere Vorschriften müssen gelten (z. B. höhere Eigenkapitalerfordernisse).
- » Bankgeheimnis so umgestalten, dass die Finanzbehörden Zugriff auf alle Informationen über Vermögen haben – so wie sie ja auch Zugriff auf alle Lohndaten der ArbeiterInnen und Angestellten haben.

- » Bekämpfung der Steuerflucht.
- » Nach Bankenrettungen mit öffentlichen Mitteln soll es auch möglich sein, die Banken in öffentlichem Eigentum zu halten.
- » Banken dürfen ihren KundInnen nur Produkte mit für diese geeignetem Risiko anbieten.
- » Der notwendige Abbau des Budgetdefizits und der Staatsschulden muss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rücksicht nehmen – keine Gefährdung der Nachfrage durch übertriebenes Sparen.
- » Absicherung der österreichischen Industrie; Konzernzentralen und Entscheidungskompetenzen sollen in Österreich bleiben.
- » Der Staat soll sich über die Holding ÖIAG verstärkt an wichtigen Unternehmen beteiligen, damit Arbeitsplätze in Österreich erhalten bleiben.
- » Energieunternehmen müssen mehrheitlich in öffentlichem Eigentum bleiben.
- » Betriebsratswahlen radikal erleichtern, damit in allen Betrieben ab fünf Beschäftigten auch tatsächlich ein Betriebsrat gewählt wird (wie gesetzlich vorgeschrieben).
- » Quotenregelung, damit mehr Frauen in die Führungsebenen der Unternehmen kommen.
- » Mehr Geld für Forschung und Entwicklung.
- » Wohnbauförderung muss auch wirklich für Wohnbau verwendet werden – damit Wohnen wieder leistbar wird.

WARUM FORDERN WIR DAS?

Nur ausreichend Arbeitsplätze mit guten Einkommen und fairen Arbeitsbedingungen sind gut für die Wirtschaft – nicht Lohn- und Sozialdumping oder Arbeitszeiten wie im vorvorigen Jahrhundert. Ausreichend Beschäftigung sorgt für gute Einkommen, das spült Geld in den Steuertopf und das Sozialsystem, das sorgt für Konsum – und damit dafür, dass es allen gut geht: den Menschen und der Wirtschaft.

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at